

NEWSLETTER ASYL



Aktuelle Informationen des Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V. – Mai 2004

In diesem Newsletter finden Sie:

Aufruf: Aktion zum Tag des Flüchtlings.....	1
Kritik an Widerrufverfahren.....	4
UNHCR-Kritik an EU-Asylverfahrensrichtlinie.....	4
Novelliertes FlüAG – weniger Betreuung für Flüchtlinge?.....	6
Termine/Literatur	8
Fortbildungsangebot 2004.....	9
Einladung zur Tagung/zum Plenum des AK Asyl B.-W. am 19.06.2004...23	

Europa, Feindin oder Freundin?

Wie Flüchtlinge Europa sehen

Aktion zum Tag des Flüchtlings am 1. Oktober 2004

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der Flüchtlinge,

der diesjährige Tag des Flüchtlings steht unter dem Motto *Europäische Flüchtlingspolitik*. Wie in den vergangenen Jahren wollen wir auch

dieses Jahr wieder eine baden-württemberg-weite Aktion durchführen, an der sich alle Initiativen vor Ort beteiligen können.

Im letzten Newsletter vom Januar und im Plenum haben wir unsere Idee schon angekündigt: Wir wollen eine Zeitung zum Thema Europa gestalten, die wir in großer Stückzahl an möglichst vielen Orten in Baden-Württemberg an Infoständen zur gleichen Zeit am Tag des Flüchtlings (oder am Tag davor – das geben wir noch bekannt) verteilen wollen. Damit ein Wiedererkennungseffekt entsteht, entwickeln wir ein Plakat, das allen beteiligten Initiativen zur Verfügung gestellt wird.

**landesweite
Aktion zum
1.10.2004!**

Wie Flüchtlinge Europa sehen

Unter diesem Motto wollen wir die Flüchtlinge selbst an der Aktion beteiligen. Das besondere an der Zeitung ist, dass die **Beiträge von Flüchtlingen selbst verfasst bzw. gestaltet werden** sollen. Um Sie ein wenig mit der Aufgabe vertraut zu machen, die Sie ja den Flüchtlingen vermitteln sollen, möchten wir einige Gedanken, die wir uns im Sprecherrat gemacht haben, weitergeben. Auf den ersten Blick mag uns das Thema Europa abstrakt erscheinen. Uns fallen die langwierigen Verhandlungen über Agrarsubventionen und die Verfassung ein. Man könnte auch fragen, wie bilden sich Flüchtlinge, die ja nicht reisen dürfen, überhaupt ein Urteil über Europa.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass für viele Europa schon vor ihrer Flucht eine existenzbedrohende Macht war. Denken wir nur an die Agrarüberproduktion, die mit ihren Dumpingpreisen die Landwirtschaft so mancher Herkunftsländer kaputt macht, denken wir daran, dass die EU für konkurrenzfähige Waren aus Drittländern hohe Zölle erhebt, selbst aber die Öffnung der Märkte dieser Länder erzwingt. Schlimmer noch, Flüchtlinge haben Kriege



**Wir suchen
Beiträge von
Flüchtlingen
zum Thema
„Europa“**

NEWSLETTER ASYL



Aktuelle Informationen des Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V. – Mai 2004

erlebt, die von Europa ausgingen oder durch Waffenlieferungen unterstützt wurden. Die EU ist mittlerweile zum zweitgrößten Waffenlieferanten der Welt geworden und verkauft (hinter Russland mit 37%; USA 23%) 25% der Waffen weltweit. Vielen ist auch noch die Kolonialgeschichte im Bewusstsein, von deren Folgen weite Teile der Welt noch heute betroffen sind. Die Flüchtlinge werden wahrscheinlich viel zu der Frage zu sagen haben: Wie war ihre Vorstellung von Europa vor ihrer Flucht?

Viel unmittelbarer als für uns sind auch die Hoffnungen, die Flüchtlinge auf Europa setzen: werden sie in einem europäischen Rechtsstaat Schutz vor Verfolgung finden oder erleben sie Europa als Festung? Werden sie als Muslime ihren Glauben gleichberechtigt ausüben können? Wird es Hoffnung für unterdrückte Minderheiten durch eine europäische Regelung geben, z. B. für die Roma?

Welche ihrer Hoffnungen haben sich erfüllt, welche sind enttäuscht worden. Wie erleben sie unsere Gesellschaft? Fühlen sie sich akzeptiert oder ausgeschlossen?

Lassen wir uns von den Flüchtlingen einen Spiegel vorhalten!

Wir würden uns freuen, wenn Sie in diesem Sinn einige Flüchtlinge möglichst aus verschiedenen Ländern gewinnen und für unsere Idee begeistern könnten. Die Beiträge können ganz verschiedener Art sein: Sachtexte, Briefe, Beschreibungen, Gedichte Essays, Erzählungen; es können auch Fotos, Zeichnungen und Karikaturen geschickt werden. Die Texte werden in deutscher und in der Sprache des Flüchtlings gedruckt. Es wäre für uns eine Erleichterung, wenn Sie uns die Texte in der Fremdsprache sowie in Übersetzung zuschicken könnten. Falls das nicht möglich ist, sorgen wir für eine Übersetzung. Eine DIN A4-Seite pro Beitrag sollte nicht überschritten werden.

**Wir freuen uns
über Texte,
Gedichte,
Erzählun-gen
bis zum
30.06.2004**

Einsendeschluss: 30. Juni 2004

Unsere Geschäftsstelle kann Ihnen jederzeit Auskunft geben, wenn Sie weitere Fragen haben.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und danken Ihnen schon im Voraus für Ihre Mühe,

Ihr

AK Asyl Baden-Württemberg e.V.

Hansjakobstr. 27, 78568 Zimmern





Wie Flüchtlinge Europa sehen

Aktion zum Tag des Flüchtlings am 1. Oktober 2004

■ **Wir haben Kontakt zu Flüchtlingen, die gerne einen Artikel in der Flüchtlingszeitung veröffentlichen wollen:**

Der Flüchtling kommt aus..... und schreibt in

Name des Flüchtlings.....

Kurzvita:..... (bitte Rückseite benutzen) Foto

Der Flüchtling ist mit der Veröffentlichung seiner Daten und seines Fotos einverstanden

Datum und Unterschrift:.....

Der Flüchtling möchte anonym bleiben, der Name ist nur der Redaktion bekannt.

Das Thema des Artikels lautet vermutlich.....

Es handelt sich um: einen Bericht eine Erzählung einen Essay

Gedichte Karikaturen Fotos (Welche Motive?) Zeichnungen

.....

Wir können den Artikel liefern bis..... (Datum)

Übersetzung ist garantiert nur Rohübersetzung

der Artikel muss komplett übersetzt werden

■ **Wir wollen uns an der Aktion zum Tag des Flüchtlings beteiligen:**

Wir machen einen Infostand zum Thema und verteilen die kostenlose Flüchtlingszeitung

Wir wollen eine Veranstaltung machen (Informationsveranstaltung, Film, Kulturabend, ...) und hätten gerne Referentenvorschläge

Sonstige Vorschläge.....

■ **Name der Initiative:**.....

AnsprechpartnerIn:.....

Adresse:.....

.....

Den Rückmeldebogen können Sie auch von unserer Homepage www.akasyl-bw.de herunterladen

NEWSLETTER ASYL



Aktuelle Informationen des Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V. – Mai 2004

Tel.: Fax:
E-
Mail:

Bitte senden Sie Ihre Anmeldungen an:

AK Asyl B.-W. Geschäftsstelle, Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern

(Stand Mai 2004)

Pressekonferenz des EOK Karlsruhe am 23.03.2004

Pauschale Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge kritisiert

Karlsruhe (epd). Gegen anerkannte Flüchtlinge aus dem Kosovo und dem Irak werden nach Beobachtungen der Diakonie Baden zunehmend Widerrufsverfahren durch die Asyl- und Ausländerbehörden durchgeführt. Allein in Baden-Württemberg seien in den vergangenen

Weitere Infos zum Widerrufungsverfahren finden Sie unter www.akasyl-bw.de

satzen mehrere hundert, „wahrscheinlich aber über tausend“ solcher mehrjähriger Prüfungen des Aufenthaltsstatus eingeleitet worden, teilten Migrationsexperten des evangelischen Wohlfahrtsverbandes in Karlsruhe vor Journalisten mit. Diese Verfahren des Abschiebung würden „pauschal“ und nicht als „Einzelfalluntersuchungen“ durchgeführt, kritisierten die Diakonie.

traumatisierte Flüchtlinge und Familien mit Kindern, die schon seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik leben, sind den Angaben zufolge betroffen. Die Folge sei eine sehr zermürbende andauernde Unsicherheit bei den Menschen, die als Asylberechtigte und als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt wurden oder Abschiebeschutz wegen Gefährdungen in ihren Heimatländern erhalten haben. Gegen diese Menschen gehe Baden-Württemberg besonders restriktiv vor, sagte der Referent für Migration und Flüchtlinge, Jürgen Blechinger.

Auf mögliche gesundheitliche Folgen machte die Leiterin des Karlsruher Behandlungszentrum für Folteropfer, Uta Klee, aufmerksam. Widerrufsverfahren und die damit verbundene Aussicht auf Abschiebung verursachten bei vielen gesundheitlich angeschlagenen Flüchtlingen „schlimme Attacken des Wiedererlebens“ von Folter oder Vergewaltigungen. Damit werde eine erfolgreiche Therapie der Opfer unmöglich gemacht.

Der Ausländerbeauftragte der badischen evangelischen Landeskirche, Thomas Dermann, forderte eine größere Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Deutschland.

Kein Widerruf bei Flüchtlingen mit mehrjährigem Aufenthaltsrecht!

Durch die komplizierte Widerrufsprüfung von Asylberechtigten und Konventionslingen werde die Integration schutzbedürftiger Personen „unnötig gefährdet“. Niederlassungserlaubnis sollte viel eher erteilt werden können.

Der Widerruf von Aufenthaltsrechten nur durch „klare Prüfung des Einzelfalls“ sein.

aus von Holtey von Pax Christi im katholischen Erzbistum Freiburg kritisierte, mit der aktuellen Rechtslage werde der „Willkür der Beamten in den Ausländerbehörden Tür und Tor geöffnet“. Der Beauftragte für die Beratung von Roma verwies in diesem Zusammenhang auf die anhaltenden Unruhen im Kosovo: „Dort herrscht noch immer Krieg.“

PRO ASYL hat wiederholt betont, dass aufgrund der unsicheren Lage und der psychosozialen Kriegsfolgen einer Vielzahl von Flüchtlingen eine Rückkehr in den Kosovo derzeit nicht zumutbar sei. Von einer „erheblichen Veränderung der Verhältnisse“, wie sie das BAfI festzustellen glaubt, könne keine Rede sein.

Der AK Asyl B.-W. und PRO ASYL lehnen die Einleitung von Widerrufsverfahren für Personen, die bereits seit vielen Jahre, z. T. mit Aufenthaltsberechtigung, hier sind, grundsätzlich ab.

UNHCR kritisiert EU-Beschluss zu Asylverfahren

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hat die von den EU-Innenministern in Luxemburg gefundene Einigung über Mindestnormen für Asylverfahren kritisiert. Aus einem guten Entwurf der EU-Kommission hätten die Minister in dem langen Verhandlungsprozess eine Regelung gemacht, die es den einzelnen Staaten erlaube, die jeweils schlechtesten Praktiken fortzusetzen oder einzuführen, bemängelte das UNHCR in Genf. Die neuen Regeln, mit de-

Der AK Asyl B.-W. und die Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL kritisieren an der Richtlinie insbesondere

- die von Deutschland bereits praktizierte Drittstaatenregelung, die u. U. Kettenabschiebungen von Flüchtlingen bis in ihre Heimatländer zur Folge hat.
- die Tatsache, dass nicht allen Flüchtlingen ausdrücklich das Recht zugestanden wird, im Asylland zu bleiben, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Damit wird Schutzsuchenden das Recht genommen, eine effektive Überprüfung einer zunächst negativen Entscheidung zu erhalten.
- die Regelungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: bereits 16-jährige müssen nach dem vorliegenden

nen das gemeinsame EU-Asylsystem Unter haben nach Ansicht des che Defizite“. Durch das er Drittstaaten“ könnten or einer abschließenden or ihrem Verfahren ab- rden. Damit werde praktisch das Recht ge- ne zunächst negative Ent- ch überprüft werde.

ijährigem Streit hatten sich ster gestern auf Standards geeinigt. Sie einigten sich e, die eine Zurückweisung m an der Grenze erlaubt, orab festgelegten sicheren nen. Auch eine Abschie- cheidung über so genannte Folgeanträge der Asylbewerber ist danach

möglich.

Bundesinnenminister Otto Schily zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis, das er so nicht erwartet gehabt habe: „Für uns ist es wichtig, dass die in Deutschland erfolgreich praktizierte Drittstaatenregelung erhalten wird.“ Bei Themen der Asyl- und Einwanderungspolitik können die Minister nunmehr mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Bisher hatte jedes Land ein Vetorecht. Das hätte bei 25 EU-Staaten problematisch werden können.

Nach der neuen Richtlinie über Mindestnormen für Asylverfahren können Bewerber schon bei der Einreise ohne nähere Prüfung ihres Falls zurückgeschickt werden, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat kommen. Als sicher gilt ein solches Transitland, wenn es die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert hat und einhält. Es muss auch ein gesetzlich geregeltes Asylverfahren haben und die europäische Menschenrechtskonvention respektieren.

Laut aktueller Statistik des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) ist Deutschland in der Liste der EU-Staaten mit den meisten Asylbewerbern erneut abgesunken. Nach fast 20 Jahren an der Spitze der Statistik hat Großbritannien die Bundesrepublik abgelöst. 61.050 Anträge auf Asyl wurden in Großbritannien im vergangenen Jahr gestellt, gefolgt von Frankreich (51.400 Anträge). In Deutschland suchten im vergangenen Jahr nach den UNHCR-Erhebungen 50.450 Menschen Asyl, 29 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

In anderen Fällen dürfe das Drittstaatskonzept nur angewandt werden, wenn die Behörden sich von der sicheren Lage für den Flüchtling überzeugt haben. Auch die gesonderte Bewertung einzelner Landesteile und bestimmter Bevölkerungsgruppen ist Schily zufolge in das Regelwerk eingegangen. Dies hatte vor allem die britische Regierung verlangt.

Menschenrechtsorganisationen hatten bereits im Vorfeld des Treffens generelle Kritik an der Drittstaaten-Regelung angemeldet. Der Europa-Referent von Pro Asyl, Karl Kopp, warnte im Gespräch mit tagesschau.de, die EU könne ihre „Glaubwürdigkeit beim Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz verspielen.“ Nach Kopp's Angaben kommt ein Großteil der Flüchtlinge aus „Kriegs- und Krisengebieten, wo massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden: Irak, Afghanistan, dem Kosovo, Ex-Jugoslawien, Somalia und Tschetschenien“. Es bestehe die Gefahr, dass die Drittstaaten Flüchtlinge einfach in das Herkunftsland durchreichten. Als sichere Drittstaaten vorgesehen sind unter anderem Weißrussland, die Ukraine und die Türkei.

(Aus: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3233308_TYP4,00.html am 5.5.04)

Stuttgarter Zeitung vom 02.04.04

Weniger Betreuung für Flüchtlinge

Verbände befürchten eine Verschlechterung durch das neue Aufnahmegesetz

Seit gestern ist das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes in Kraft. Die sozialen Träger in Stuttgart befürchten, dass sich die Betreuung der Flüchtlinge deutlich verschlechtern wird - wenn die Stadt nicht in die Bresche springt. Die aber winkt ab.

Die Stadt selbst sieht die Auswirkungen des Landesgesetzes kritisch: „Wir werden un-
Standards bei Standards bei der Flüchtlingsbetreuung nicht
der können“, sagt der stellvertretende
Flüchtlings- amtsleiter Stefan Spatz. Das Land stellt
betreuung Kostenerstattung um: Für jeden Asylbe-
durch Novel- wirt künftig eine einmalige Pauschale in
lierung des von 7845 Euro bezahlt, für Spätaussiedler
FlüAG nicht zu auschale über 1241 Euro, unabhängig von
halten aufenthaltsdauer in den Unterkünften.

Das Land ist bei der Berechnung der Pauschale davon ausgegangen, dass Asylbewerber durchschnittlich 20 Monate in einer Gemeinschaftsunterkunft verbringen und Spätaussiedler bis zu zwölf Monate in einem Übergangwohnheim. Geld gibt es damit nur noch für Neuzugänge. Bisher diente die tatsächliche Belegung in den staatlichen Wohnheimen als Berechnungsgrundlage. Zurzeit leben rund 5800 Flüchtlinge in Stuttgart, darunter 360 Spätaussiedler und rund 240 jüdische Kontingentflüchtlinge.

Der AK Asyl B.-W. kritisiert die Pauschalisierung der Leistungen für Flüchtlinge in den Unterkünften, da durch sie eine Kontrolle, ob die Gelder, die für die Betreuung der Flüchtlinge vorgesehen sind, auch dafür verwendet werden, verhindert wird. Zudem ist in dem Gesetz keine maximale Aufenthaltsdauer für die Flüchtlinge in der GU festgelegt, und es fehlen weiterhin verbindliche Mindeststandards für die Unterkünfte. Für eine erste Beurteilung ist es im Moment zu früh. Aber wir werden weiterhin sehr genau darauf achten, ob und wie sich die Sozialbetreuung der Flüchtlinge in den Unterkünften verändert.

Die Stadt Stuttgart rechnet damit, dass sie in Zukunft fünf Millionen Euro jährlich weniger
5 Mio. Euro and bekommen wird - aus diesem Grund werden auch weniger Mittel an die freien
weniger allein fließen, die sich um die soziale Betreuung der Flüchtlinge in den staatlichen Wohn-
für die Stadt
Stuttgart!

heimen kümmern. „Wir können die Differenz nicht ausgleichen“, sagt Sozialamtsleiter Spatz. Für Gerd Mäschle, den Geschäftsführer der AG Dritte Welt, ist angesichts der Ankündigung des Sozialamtes klar: „Wir werden den derzeitigen Personalstand nicht halten können.“ Die AG Dritte Welt beispielsweise kümmert sich als einer von fünf Trägern um die Flüchtlinge in den Staatlichen Unterkünften in der Kirchheimer Straße in Heumaden, in den Bopseräckern, in der Beethovenstraße in Botnang sowie am Viehwasen in Wangen. Zehn Sozialarbeiter, die sich 8,5 Stellen teilen, sind für 800 Flüchtlinge zuständig. Mit dem Geld des Landes könnten von 2005 an nur noch vier Stellen finanziert werden. Damit ist für den Geschäftsführer aber auch klar, dass die verbleibenden Sozialarbeiter nicht mehr so viele Aufgaben übernehmen können wie bisher, ein neuer Leistungskatalog müsse vereinbart werden: „Die Stadt muss uns sagen, worauf in Zukunft verzichtet werden kann“, sagt Mäschle.

Stefan Spatz bestätigt, dass ein Sozialarbeiter anstatt wie bisher für 120 in Zukunft für 240 Flüchtlinge zuständig sein wird. Das Aufgabenfeld der Sozialarbeiter ist weit gefasst. Sie kümmern sich um die Anmeldungen der Flüchtlingskinder in Schulen und Kindergärten, helfen den Asylbewerbern nach Ablauf des einjährigen Arbeitsverbots eine Beschäftigung zu finden, vermitteln Deutschkurse, schlichten bei Konflikten im Wohnheim und unterstützen die ehrenamtlichen Helfer. „Wir haben auch Problemgruppen in den Wohnheimen, um die wir uns dann nicht mehr in dem erforderlichen Maß kümmern können“, warnt Mäschle. Fritz Weller von der Caritas rechnet zudem damit, dass die Sozialarbeiter dann nur noch nach den Neuzugängen schauen können, aber nicht mehr nach den länger in den Unterkünften lebenden Flüchtlingen. Er erinnert die Stadt an ihre eigenen Prognosen: Diese hatte noch im vergangenen Jahr in einer Stellungnahme an das Land betont, dass die gute Betreuung zur Befriedung und Kriminalitätsprävention maßgeblich beitrage. „Wenn die Stadt ihre eigenen Prognosen ernst nimmt, muss sie zusätzliche Mittel einsetzen“, so Weller. Spatz räumt ein, dass es in den Unterkünften bereits früher immer wieder zu Grenzsituationen gekommen sei. „Bisher konnten wir die Konflikte entschärfen. Wie das in Zukunft sein wird, müssen wir beobachten.“

Ein Sozialarbeiter für 240 Flüchtlinge

Auch die Israelitische Religionsgemeinschaft (IRG) ist von den Kürzungen des Landes betroffen. Bisher kümmert sich ein Sozialarbeiter um die jüdischen Kontingentflüchtlinge in den Übergangswohnheimen in der Wera- und der Rötestraße. Die Finanzierung dieser Stelle ist ebenfalls unsicher geworden: „Die jüdische Gemeinde springt fürs erste ein, ob sie das auf Dauer kann, ist aber unklar“, sagt Werner Meier von der IRG.

Nichts Neues beim Zuwanderungsgesetz

Bei Redaktionsschluss gab es noch keine weiteren Pläne über die Fortführung der Gespräche zum ZuWG, nachdem die Grünen nach der gescheiterten Verhandlungsrunde am ersten Maiwochenende eine Fortsetzung abgelehnt hatten. Das weitere Vorgehen wird in den nächsten Tagen besprochen. Laut letzten Meldungen soll spätestens Anfang Juni feststehen, ob ein gemeinsames ZuWG zustande kommen wird. Wir halten Sie darüber natürlich auf dem Laufenden.

Mit dem neuen Gesetz ist auch die einmalige Pauschale über 1500 Euro gestrichen, die bei der Anschlussunterbringung gewechselt sind. Die Pauschale für die Anschlussunterbringung wurde beispielsweise bei der Wohnungsfällt



Jobsuche geholfen. „Diese vorbildliche Betreuung wird nicht mehr möglich sein“, kündigt Spatz an.

Verschlechterungen bei der Krankenversorgung befürchten die Ehrenamtlichen der Kontaktgruppe Asylbewerber Heumaden. Nach dem neuen Gesetz wird die Krankenhilfe nicht mehr separat abgerechnet: „Es ist schon jetzt schwierig, Therapien etwa für traumatisierte Flüchtlingsfrauen zu bekommen. Wir fürchten, dass die Hindernisse noch größer werden“, sagt deren Sprecherin Gisela Lotze. Spatz dagegen versichert, dass trotz der Pauschalisierung die Flüchtlinge auch weiterhin die notwendige Mindestversorgung bekommen werden. Er hofft im Übrigen auf die Überprüfung der Pauschalen, die in zwei Jahren erfolgen soll.

Termine

19.06.2004 Tagung/Plenum des AK Asyl Baden-Württemberg. Stuttgart, Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14.

23.-24.07.2004: Globale Fairness: „eine Welt“ im Nachhaltigkeitsaudit. Zieletagung des Zentrums für Entwicklungsbezogene Bildung in der Tagungsstätte des Ev. Jugendwerks Württemberg „Bernhäuser Forst“ **Leinfelden-Echterdingen.** Infos und Anmeldung unter Tel. 0711/ 2851 - 686, Fax 0711/ 2851 - 688, Mail zeb.wuerttemberg@elk-wue.de.

27. 09.-1.10.2004: Neue kriminologische Studienwoche: Menschen in der Illegalität – Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen. Uni Hamburg. Themen:

Vorschau:

17.-19.9.2004 Bad Boll: Neue Grenzen - neue Kooperationen - Asyl- und Aufnahmepolitik in der erweiterten Union: Herbsttagung des AK Asyl Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Ev. Akademie Bad Boll, EOK Karlsruhe, PRO ASYL. Weitere Infos unter www.ev-akademie-boll.de und demnächst auch unter www.akasyl-bw.de.

Struktureller Kontext illegaler Migration, Diskursentwicklung „Migration und Kriminalität“, Schleusung und Grenzregimeentwicklung, Individueller Kontext der Illegalität, Herausforderungen und Schwierigkeiten für die mit dem Thema konfrontierten Professionen. Weitere Informationen unter Tel. 040/ 42838 - 3329, Internet www.uni-hamburg.de/kriminol. Anmeldeschluss für die Studienwoche ist der 24.06.2004.

1.10. TAG DES FLÜCHTLINGS mit der Aktion „Europa, Feindin oder Freundin? Wie Flüchtlinge Europa sehen.“ Weitere Infos auf den Seiten 1-3.

Literatur

Florian Fritz, Frank Groner (Hg.): Wartesaal Deutschland – ein Handbuch für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen.

Lucius, ISBN 3-8282-0280-2, 304 S., 22,90 EUR. Aus dem Inhalt: Soziale Arbeit mit Flüchtlingen – gibt es das überhaupt noch? Geht das überhaupt? Ständig gibt es neue Gesetze und Regelungen, die das Leben von Flüchtlingen einschränken und behindern. Flüchtlinge sollen, kaum, dass sie Deutschland betreten haben, schon wieder zurück in die Heimat (...). Haben

Impressum:

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

AK Asyl Baden-Württemberg e. V.
Hansjakobstr. 27 - 78658 Zimmern
Tel.: 0741/ 3 48 92 12 – Fax: 0741/ 3 48 92 13
E-Mail: akasylkoordination@web.de

Redaktion: Reiner Kastler
V.i.S.d.P.: Angelika von Loeper

Bankverbindung:
Kto. 3 51 79 30, BLZ 600 501 01
bei der Landesbank Baden-Württemberg



Gefördert durch die
Europäische Union

Flüchtlinge in Deutschland noch eine Chance? Der vorliegende Band gibt eine Antwort darauf, und sie lautet: Ja!

IMK e. V. (Hg.): Trauma und Therapie – Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt. ISBN 3-933881-19-6, 21,- EUR. Mit Beiträgen von ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit. Themen: Entstehungsbedingungen, Therapiemethoden von Traumata sowie gesellschaftliche Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Einladung zur Plenumsitzung und Tagung des AK Asyl Baden-Württemberg e. V.



Samstag, den 19. Juni 2004, 9.30 - 17 Uhr

Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, Stuttgart

Erreichbar mit U 9 und U 14 ab Hauptbahnhof/Arnold-Klett-Platz bis zur Haltestelle Neckartor. Mit dem Wagen ab Hauptbahnhof über Schillerstraße (300m), links in die Willy-Brandt-Straße (600m), geradeaus auf die Neckarstraße (150m), rechts in die Friedenstraße. Schubartstraße kommt nach ca. 50 m.

- | | |
|--|--|
| 9.30 Ankunft und Anmeldung | Vorbereitung der Aktion zum Tag des Flüchtlings 2004 |
| 10.00 Begrüßung
anschließend:
Bestätigung des Kassenprüfers
Vorstellung der Arbeitsgruppen | <i>Moderation:</i> Ulrike Duchrow,
Heidelberg, Vorstandsmitglied des
AK Asyl B.-W. |
| 10.30 Arbeitsgruppen: | 12.30 Mittagspause |
| AG 1 Abschiebehäft: BesucherInnen von Abschiebehäftlingen berichten
ein Bericht aus der Praxis
Wie kann die
Öffentlichkeitsarbeit für
Abschiebehäftlinge aussehen?
Wie lassen sich andere Gruppen in
die Arbeit einbinden?
<i>ReferentInnen:</i> Mitglieder der AG
gegen Abschiebehäft Mannheim,
Bündnis gegen Abschiebehäft
Tübingen (angefragt) | 13.30 Abschiebungshaft: Rechtliche Voraussetzungen und Vollzug
Verfahren zur Anordnung,
Haftgründe, Dauer
Haftbedingungen
Haftbeendigung mit und ohne
Abschiebung
<i>Referent:</i> Hubert Heinhold,
Rechtsanwalt, München |
| AG 2 Europa: aktuelle Entwicklungen
Flüchtlingsanerkennung und
ergänzender Schutz nach der
Qualifikationsrichtlinie;
Asylverfahrensrichtlinie – neue
Perspektiven für Flüchtlinge?
<i>Referent:</i> Jürgen Blechinger, Jurist,
Karlsruhe, Vorstandsmitglied des AK
Asyl B.-W. | 15.00 Kaffeepause |
| AG 3 Rechtslage und Perspektiven für langjährig Geduldete
Stand Zuwanderungsgesetz;
Härtefall-; Altfallregelung
<i>Referentin:</i> Vera Kohlmeyer-Kaiser,
Rechtsanwältin, Aalen,
Vorstandsmitglied des AK Asyl B.-W. | 15.30 Aktuelle Runde
Bilder einer Kosovoreise (Udo
Dreutler)
Infos zur Aktion anlässlich des Tags
des Flüchtlings am 1.10.04
Aktuelles zum Zuwanderungsgesetz
Situation für
Minderheiten aus dem
Kosovo
Neues zum Thema
„Widerrufverfahren für
Flüchtlinge aus dem
Kosovo, Irak und
Afghanistan“
Qualifikations-/Asyl-
verfahrensrichtlinie
Berichte aus den Regionen
Aktuelle Rechtsprechung
EFF 2004/ 2005
Sonstiges |
| AG 4 Europa – Feindin oder Freundin?
Wie Flüchtlinge Europa sehen | 17.00 Ende der Plenumsitzung/Tagung |



**parallel zur
aktuellen Runde
bietet Vera
Kohlmeyer-
Kaiser
juristische
Einzelfallbera-
tung an.**

**Anmeldungen – unter Angabe der AG. an der Sie teilnehmen wollen und Essenswunsch ja/nein an
-Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V.**

Geschäftsstelle: Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., Tel.: (07 41) 3 48 92 12,
Fax: (07 41) 3 48 92 13, E-Mail: akasylkoordination@web.de Internet: www.akasyl-bw.de

Anmeldung zur Plenumsitzung am 19. Juni 2004

Zum Plenum des AK Asyl Baden-Württemberg e. V. am Samstag, den 19.06.2004, 9.30-17 Uhr, im Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstr. 14, 70190 Stuttgart, melde ich mich verbindlich an:

Name:

ggf.: Örtliche Initiative:

An folgender Arbeitsgruppe möchte ich teilnehmen:

- AG 1: Abschiebungshaft
- AG 2: Europa
- AG 3: Rechtslage für Geduldete
- AG 4: Tag des Flüchtlings 2004

- Am Mittagessen möchte ich teilnehmen ja nein
- Falls ja: Wünschen Sie vegetarisches Essen? ja nein

Bitte faxen oder schicken Sie Ihre Anmeldung möglichst bald an die Geschäftsstelle des AK Asyl Baden-Württemberg, damit wir entsprechend planen können – spätestens bis zum 16. Juni 2004!

Arbeitskreis Asyl
Baden-Württemberg e. V.
Hansjakobstr. 27



78658 Zimmern

**Anmeldungen – unter Angabe der AG. an der Sie teilnehmen wollen und Essenswunsch ja/nein an
-Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V.**

Geschäftsstelle: Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., Tel.: (07 41) 3 48 92 12,
Fax: (07 41) 3 48 92 13, E-Mail: akasyлкоordination@web.de Internet: www.akasyl-bw.de